



## Mehr Musik: Markscheider Bataclan

Bochum und St. Petersburg feiern: Am Mittwoch, 9. April, spielen die russische Band „Markscheider Kunst“ und die neue Bochumer Band „Compania Bataclan“ im Bahnhof Langendreer zum Tanz.

## Schöner Essen: food not bombs

Statt Bomben, Hagel und Granaten: Jeden ersten und dritten Sonntag kocht die Gruppe „food not bombs“ im Sozialen Zentrum an der Rottstraße 31 ab 19 Uhr vegan und für den großen Genuss.

## Besser Wissen: attac-VHS Globalisierung

Soziale Rechte für alle – Die VHS-Globalisierung 2008: Am 22. April zur Privatisierung von Wohnräumen und am 15. Mai zur Privatisierung der Bahn, jeweils um 19:15 Uhr in der VHS Bochum.

25 Prozent aller BürgerInnen sind armutsgefährdet:

## Es geht um die Wurst!

**Die Bundesregierung will den RentnerInnen auch dieses Jahr die Renten „erhöhen“: laut WAZ um 0,54 Prozent. Es scheint die CDU/SPD-Regierung nicht zu stören, dass angesichts einer Inflation von 2,5 bis 3% – Tendenz steigend – dabei eine weitere effektive Rentensenkung von rund 2,5 % herauskommen wird. Dazu kommt, dass die Preise von Grundnahrungsmitteln und Energie besonders stark gestiegen sind. Das würde die Rentensenkung noch einmal verschärfen.**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat gerade seine Aussagen zum Armutsrisiko nach oben korrigiert. Die Experten – die nicht linksverdächtig sind – meinen jetzt, dass nicht 18,3 Prozent, sondern rund 25

Prozent der BürgerInnen armutsgefährdet sind. Und zwar alle, die weniger als 70% des durchschnittlichen Nettoeinkommens haben.

Laut dem Sozialverband VdK hat der Nettoverdienst der abhängig Beschäftigten 2006 etwa auf dem Niveau von 1986 – und sogar unter dem von 1978 – gelegen. Gleichzeitig hätten steigende Preise für Energie und Lebensmittel das Leben 2007 so stark verteuert wie seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr.

Erschreckendes Ergebnis: derzeit gibt es in Deutschland 2,5 Mio. arme Kinder und 3 Mio. von Armut bedrohte RentnerInnen. Hartz-IV-Opfer z. B. „erwerben“ pro Jahr einen Rentenanspruch von satten 2,19 Euro. Von denen, die Arbeit haben, können sich 15% (Männer) und

24% (Frauen) keine private Zusatzversicherung leisten. Selbst die OECD (Int. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sorgt sich bereits um die Armutsentwicklung in Deutschland und hat gleichzeitig festgestellt, dass die Wohlhabenden in Deutschland so wenig Steuern zahlen wie kaum in einem anderen Industrieland – selbst dann, wenn sie sich an die Gesetze halten. Der Sozialverband VdK hat nun eine „Kampagne gegen Armut“ gestartet. Er fordert „Armutsbeauftragte“ auf Bundes- und Länderebene sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Außerdem die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze und Änderungen am Rentensystem. Eine unterstützenswerte Aktion!

Nokia und das Schauspiel:

## „Ach, wie unanständig!“

**Unerträgliche Heuchelei: Die Politiker, die sich jetzt vor die Kameras schieben und vor Betroffenheit und Mitgefühl nur so triefen, sind dieselben, die die Verträge mit Nokia unterschrieben haben und die jedem Konzern Millionen Subventionen hinterher werfen, der auch nur eine kleine Produktionsstätte in Deutschland aufbaut.**

Es waren Rüttgers und Merkel und ihre Gleichen, welche die Gesetze gemacht haben, die es Unternehmen ermöglichen, Subventionen zu kassieren und sich danach aus dem Staub zu machen. Sie sind es, die – im Verbund mit Sozialdemokraten – in den vergangenen 15 Jahren ein EU-Vertragswerk aufgebaut haben, das als oberste Priorität für unsere Gesellschaft „den ungehinderten Wettbewerbsverkehr“ in einer erweiterten EU vorschreibt. Wenn Rüttgers jetzt Nokia als „unanständig“ und als „Subventionsheuschrecke“ bezeichnet, dann tut er so, als habe er heute vergessen, was er gestern noch gepredigt, in Gesetz gegossen und unterschrieben hat. Das aber steht fest: Er tut nur so. So dumm ist selbst Rüttgers nicht, dass er nicht wüsste, dass er gerade ein Schauspiel aufführt. Das Schauspiel aber muss sein. Es dient einem einzigen Sinn und Zweck: Dampf aus dem Kessel zu lassen. Wenn Rüttgers sich vor die Nokia-Beschäftigten stellte und ihnen sagte: Tut mir leid, liebe Leute, das sind halt die Regeln der

freien Marktwirtschaft, bliebe nicht nur von ihm, sondern auch vom Nokia-Werk nicht mehr viel übrig. Die Betriebsschließung soll möglichst geräuschlos über die Bühne gehen und die Belegschaft beruhigt werden: Geht nach Hause, wir sorgen für euch. Die freie Marktwirtschaft hat eine Bataille verloren – Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Das Ergebnis dieser Runde steht fest: Nokia wird zugemacht, die Beschäftigten dürfen sich bei den ARGEN melden, bestenfalls wird der Sozialplan etwas aufgebessert. Soll es das gewesen sein? Die Belegschaft von Nokia hat noch andere Mittel, sich zur Wehr zu setzen. Sie kann beispielsweise verhindern, dass die Maschinen abtransportiert werden. Das muss rechtzeitig geplant werden, denn Nokia-Village in Rumänien ist fertig, die Testversuche mit der Handyproduktion laufen und das Management wird sich beim Betriebsrat nicht die Erlaubnis zum Abtransport der Maschinen holen. Eine Werksbesetzung kann nicht unbedingt bewirken, dass der Standort Nokia-Bochum bleibt. Aber es ist eine Aktivität, die die Belegschaft zusammenhalten kann, die Aufsehen erregt und das Thema „Arbeitsplätze“ in der öffentlichen Debatte hält, unabhängig von den Entscheidungen Nokias. Denn warum sollte es undenkbar sein, die Arbeitsplätze unabhängig von Nokia zu erhalten? NRW hat zwischen 1995 und 1999 41 Mio. Euro Subventionen an Nokia

gezahlt, der Bund 28 Mio. Euro – dafür dass 2856 Beschäftigte sieben Jahre lang Arbeit hatten. Darin sind Ausgaben für die Bereitstellung von Infrastruktur noch nicht enthalten. Die Frage ist nicht: Subventionen ja oder nein? Die Frage ist: Was wird subventioniert und zu welchem Zweck? Was würde die NRW-Landesregierung Nokia denn dafür bezahlen, dass der Standort bleibt? 40 Mio. Euro – oder mehr? Dann soll sie dieses Geld doch der Belegschaft geben, damit diese zusammen mit einem findigen Ingenieurbüro eine lokale Produktion ankurbeln kann. (Quelle: Angela Klein, SoZ vom 24.01. 2008)

### Nokia-Konferenz der Linken

Ein ehemaliger Babcock-Arbeiter schilderte in der Diskussion, wie es jedenfalls nicht geht: »Als unser Betrieb geschlossen werden sollte, saßen auf allen Ebenen SPD-Leute«, sagte er. »Selbst die Betriebsräte waren Sozialdemokraten, sie haben sich auf alle faulen Kompromisse eingelassen und das Ding schließlich an die Wand gefahren.« An den Nokia-Betriebsrat Wolfgang Echterhof gewandt, ergänzte er: »Ihr erwartet Solidarität von allen. Aber was macht ihr selbst? Warum geht ihr nicht in den Streik? Statt dessen bittet ihr eher auf Knien, dass man mit euch verhandelt. Das ist würdelos!« Echterhof entgegnete: »Ich glaube, wir tun Nokia mehr weh, wenn wir uns in die Kaffeebude setzen und Skat spielen. Das ist dann Arbeitszeit, und die muss bezahlt werden.«  
junge Welt – 03.03.2008 » Skatspielen bei Nokia ...«



© Frank Rogner

Reallöhne sinken trotz Aufschwung:

## Mehr Wachstum – weniger Knete

**Vom wirtschaftlichen Aufschwung haben diesmal so wenig Menschen profitiert wie nie zuvor in Deutschland. Erstmals sind in einer Boomphase die realen Nettolöhne und -gehälter gefallen: nämlich um rund 3,5 Prozent. Das ergab eine Studie des Konjunkturforschungsinstituts der Hans-Böckler-Stiftung.**

Anders als früher sei diesmal der Zuwachs an Wirtschaftsleistung ganz überwiegend den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugeflossen. Der Effekt: die Einkünfte von Unternehmern, Selbständigen, Aktienbesitzern und anderen Kapitaleignern seien „geradezu explodiert“. Gewinnwachstum: 25 Prozent. Die Kapitaleigentümer hätten den Aufschwung „für eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten genutzt“.

Noch stärker als Löhne und Gehälter sind demnach die sogenannten „Transfereinkommen“ (Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld, BAFöG etc.) gesunken, nämlich um 6 Prozent. Auch das ist

neu gegenüber früheren Aufschwungsphasen. Genau so stürzte auch der private Konsum ab. Die Konjunkturforscher machten den „politisch gewollten Lohndruck“ verantwortlich: einmal die Arbeitsmarkt-„reformen“ der 80er und 90er Jahre. Der Höhepunkt sei jedoch unter der rot-grünen Regierung erreicht worden – mit „Agenda 2010 und den sie begleitenden Hartz-Gesetzen“.

Im gleichen Zeitraum schrumpfte die Gruppe der DurchschnittsverdienerInnen von 62 auf 54 Prozent, gleichzeitig wuchs die Gruppe der GeringverdienerInnen in Teilzeit- oder Minijobs: Nur noch 55 Prozent der Erwerbstätigen hatten einen Vollzeitjob. In den zehn Jahren von 1996 bis 2006 ist der Anteil gering bezahlter Beschäftigter um 43 Prozent gewachsen. Insgesamt arbeiten demnach 6,9 Millionen Menschen (das ist jede(r) Vierte) für Niedriglöhne.

Fraglich ist, ob die Rechnung der Herrschenden aufgeht: Können Sie diese Entwicklung uferlos fortsetzen?

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

In Frankreich oder Italien gehören Tarifkonflikte und Streiks zur Alltagskultur. Hierzulande aber beklagen sich die Mainstream-Medien und die Konzernpresse sofort über „Streikchaos“, wenn die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes – nach Jahren des Reallohnverlustes bei gleichzeitiger Mehrarbeit – ihren Forderungen etwas Nachdruck verleihen. Obwohl die Einnahmen der Öffentlichen Hand kräftig gestiegen sind, und obwohl sich die „VolksvertreterInnen“ kürzlich eine üppige Diätenerhöhung von 9,6 Prozent ge-

nehmigten, schalteten Bund und Kommunen gegen über den Beschäftigten auf stur und beharrten auf faktischen Lohnkürzungen.

Doch stoßen Arbeitskämpfe in der Bevölkerung überwiegend auf große Sympathie – trotz einiger Alltags-Erschwernisse. Der Punkt scheint erreicht, wo klar geworden ist, dass die anhaltende Umverteilung von unten nach oben nur dadurch gestoppt werden kann, wenn die Beschäftigten bei der Forderung nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen an einem Strang ziehen

und sich die BürgerInnen mit Ihnen solidarisieren. Das gilt genau so für den gerade – offenbar erfolgreich – beendeten Tarifstreik bei der Bahn. Mehdorn wollte und will die Privatisierung erzwingen. Da stehen angemessene Löhne dem Verkauf der Bahn an private Rendite-Haie im Weg. Die Gewerkschaft der Lokführer hat sich nicht nur für die Beschäftigten eingesetzt, sondern auch für die Bevölkerungsmehrheit: Über 70 Prozent der BürgerInnen sind gegen ein Verschleiern der Bahn!

Steuerhinterziehung hat System

# Legal, illegal, scheißegal

**Liechtenstein ist schuld! Und jetzt wollte die Kanzlerin mal Tacheles mit denen reden? Lächerlich! Sie hätten schon längst was unternehmen können. Z. B. Banken und Treuhänder des Operetten-Staates auf eine internationale schwarze Liste setzen – wenn sie denn gewollt hätten.**

Wollten sie aber gar nicht. Denn wo kämen wir hin, wenn die Freiheit des Geldkapitals derart beschnitten würde. Das wäre ja fast schon EU-Verfassungswidrig. Dabei braucht man nicht einmal mit dem Finger auf das „Fürstenhaus“ zu zeigen, wenn es um professionelles Steuerhinterziehen oder auch Steuersparen geht. Die milliarden schwere New Yorker Hotelbesitzerin Leona Helmsley soll im Jahr 1989 gesagt haben: „Wir zahlen keine Steuern. Nur die kleinen Leute zahlen Steuern.“ (SZ, 19.2.08.) Dass dies so ist, und dass dies ein unerträgliches Unrecht ist, rückt der größte Steuerhinterziehungsskandal der deutschen Geschichte der Öffentlichkeit derzeit wieder ins Bewusstsein. Im Alltag versucht man es sich so zu erklären: Da habe eine kleine Minderheit „abgehoben“ und lebe „in einer anderen Welt“.

Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist: Mit Bedürfnisbefriedigung hat eine solche Konzentration von Reichtum in der Hand ganz weniger Menschen nichts zu tun. Dass es diese Konzentration gibt, ist nicht

neu: Unzählige Veröffentlichungen über die Verteilung des Reichtums auf der Welt sagen das seit langem. Diejenigen, die keine oder nur noch geringfügig Steuern zahlen, zählen in der kapitalistischen Gesellschaft zu den „Leistungsträgern“. Ihre Leistung besteht vorwiegend darin, sich selber reich zu machen und die von ihnen abhängigen Beschäftigten arm.

Post-Chef Zumwinkel hat in den 18 Jahren an der Spitze der Deutsche Post AG die Anzahl der Filialen von 30.000 auf 14.000 reduziert, 160.000 Arbeitsplätze vernichtet und für die Beschäftigten die Arbeitsintensität in manchmal unerträglicher Weise verdichtet. Für diese „Leistung“ wird er hoch gelobt, und dieselben Medien, die in die allgemeine Empörung über die „Raffzahn-Mentalität“ einstimmen, fordern auf der nächsten Seite: Die Post muss mehr verdienen.

Diese „Top-Manager“ handeln so, weil das allgemeine Gesetz des Kapitalismus, maximalen Profit zu machen, das von ihnen verlangt. Sie leben nicht in einer anderen Welt, sondern sie diktieren der ganz irdischen, diesseitigen Welt ihr Gesetz. Sie sind reich, weil sie uns arm machen. Leistungsträger ist für diese Herrschaften das falsche Wort. Es sind ganz einfach Ausbeuter.

Oskar Lafontaine hat das deutsche Bankgeheimnis als das größte Steuerschlupfloch

bezeichnet. Überhaupt ist das deutsche Steuerrecht auf Verdunklung, Verwirrung der Nichtexperten und auf „Gestaltung“ ausgelegt. Davon profitiert nur, wer sich Experten leisten kann, die Wege im Vorschriftenschun gel finden. Man braucht hier eigentlich keine Steuern bewusst zu hinterziehen, es reicht für Vermögende, wenn sie die bestehenden Regeln ausschöpfen.

Daneben gibt es noch eine weitere, ganz legale Steuerhinterziehung: Das ist die Verschiebung von Gewinnen aus Aktien, Immobilienfonds, Optionsscheinen etc., welche die EU nicht erfasst, d. h. welche die EU also offiziell genehmigt. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Steuern dem Staat auf diesem Weg entgehen.

Dazu kommen dann noch die ganz legalen Steuergeschenke, vor allem der Regierung Schröder. Wenn laut Berechnung der deutschen Steuergewerkschaft jährlich rund 30 Mrd. Euro hinterzogen werden, dann stehen die legalen Steuergeschenke diesem Betrag wenig nach: Allein im Jahr 2002 machten diese Geschenke 28,4 Mrd. Euro aus. Ein Einkommensmillionär musste 2005 – im Vergleich zu 1998 – 100.000 Euro jährlich weniger Steuern zahlen. Der „Steuerehrlichkeit“ hat das nichts genutzt.

Teilprivatisierung der Bahn unter Umgehung von Bundestag und Öffentlichkeit:

# Eine Art Putsch beim Bahn-Verkauf

**Bis vor kurzem schien es noch so, als ob der Verkauf von Kernbereichen der staatlichen Daseinsvorsorge an renditehungrige Investoren am Widerstand scheitern würde – und zwar am Widerstand quer durch alle Parteien und auch der Bundesländer, vor allem aber auch am breiten Widerstand in der Bevölkerung.**

Es sah tatsächlich so aus, als befände sich die Privatisierungslobby – allen voran Bahn-Chef Mehdorn und sein Co-Manager Norbert Hansen von der Gewerkschaft Transnet – arg in der Defensive. Und als der Bundesparteitag der SPD im Oktober 2007 den Anteilsverkauf an Finanzinvestoren schein-

bar kategorisch ausschloss, schien das Aus für die Pläne der Bundesregierung und der Konzernspitze gekommen. Doch hinter den Kulissen bereiteten die vom Parteitag abgewatschten SPD-Minister zusammen mit der Bahn-Spitze ein echtes Gaunerstück vor. Ein Holding-Modell in einer verfassungsrechtlichen Grauzone eröffnet die Möglichkeit, Anteile der Verkehrssparten der Bahn AG auch ohne Beteiligung des Gesetzgebers, also des Bundestages, an private Investoren zu verkaufen. Der Parteitagsbeschluss der SPD liefe ins Leere, da es sich um eine quasi rein privatrechtliche Transaktion handeln würde, die jeglicher politischen Einflussnahme entzo-

gen wäre. Doch noch ist nicht das letzte Wort gesprochen. Widerstand formiert sich. Nicht nur in den Parteien.

**Impressum:**  
 Bochumer Sozialforum,  
 c/o Soziales Zentrum Bochum  
 44793 Bochum, Rottstraße 31  
 T. 0234-5472960  
 sozialforum-bochum@zeromail.org  
 www.sozialforum-bochum.de

V.i.S.d.P.:  
 Hans Gabi, Bochumer Sozialforum

## Ausbildungsplätze statt Leerstellen

Im vergangenen Ausbildungsjahr haben nach Berechnungen des DGB über 5.200 junge Menschen im Arbeitsagenturbezirk Bochum/Herne eine betriebliche Berufsausbildung angestrebt. Dem gegenüber wurden nur knapp 3.000 betriebliche Ausbildungsstellen angeboten.

Der DGB listet auf, dass in Bochum rund 700 junge Menschen in Berufsvorbereitungsjahre, über 150 in eine einjährige Eingangsqualifizierung, über 1.000 in Berufsgrundschuljahr und Jungarbeiterklassen eingemündet sind. Einzig gut 200 junge Menschen in außerbetrieblicher Ausbildung bekommen eine vollwertige Berufsperspektive. „Alles in allem kosten diese Warteschleifen den Beitragszahler mehrere Millionen Euro pro Jahr – Beiträge, die durch die Arbeitnehmer erwirtschaftet wurden und paritätisch in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden“, kritisiert der DGB-Regionalvorsitzende Michael Hermund.

Die Bereitschaft der Betriebe auszubilden werde erst dann zunehmen, wenn die Kosten dafür gerecht verteilt werden. Darum bekräftigte Hermund die gewerkschaftliche Forderung nach einem Umlagesystem. Selbst ansteigende Ausbildungsplatzzahlen führen nach DGB Ansicht nicht zu einer kurzfristigen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. „Sollte der Anstieg an Ausbildungsplätzen jährlich in diesem Tempo weitergehen, werden wir den jetzt einen Ausbildungsplatz suchenden Menschen erst in sechs bis acht Jahren ein auswahlfähiges Angebot unterbreiten können“, so Michael Hermund vom DGB. Die Bochumer Gewerkschaft und Erziehung hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass Bochum in der vom Bundesfamilienministerium für das Jahr 2007 in Auftrag gegebenen Studie „Bildungsatlas“ im Handlungsfeld „Bildung und Ausbildung“ vor Wuppertal bundesweit den vorletzten Platz belegt.

## Lehre bei Opel? – Das war einmal ...

Um „der gesellschaftspolitischen Verantwortung im Bereich Berufsausbildung gerecht zu werden“ – so heißt es im Entwurf einer dem Bochumer Betriebsrat vorliegenden Vereinbarung – will Opel dieses Jahr eine überraschende Maßnahme ergreifen:

Etwa die Zahl von jetzt noch knapp 200 Auszubildenden massiv erhöhen, damit mehr Jugendliche die Chance bekommen, die relativ gute Facharbeiter-Ausbildung bei Opel mitmachen zu können?

Im Gegenteil! Opel will den Bereich „Ausbildung“ loswerden! Und zwar an die Ruhrkohle AG. Es soll eine „Opel und RAG Bildung GmbH“ gegründet werden, mit 80,5% Anteil bei der RAG und 19,5% Opel-Anteil. Bis 2010 sollen dann jährlich noch mindestens 75 Jugendliche eine Ausbildungschance bekommen, von 2011-15 nur noch 40. Mag sein, dass die RAG-Ausbildung auch nicht schlecht ist. Tröstlich vielleicht auch, dass der Opel-Betriebsrat und die Jugendvertretung weiter zuständig bleiben sollen. Aber: was weg ist, ist weg. Opel kann so den wichtigen ersten Schritt machen, sich aus der „Verantwortung für die Jugend“ zu stehlen. So ist der schöne anfangs zitierte Satz aus der Einleitung des Vereinbarungsentwurfs reine Augenschwermerei. Die Auslagerung des Ausbildungsbereichs gehört zu den neuen Personalabbauplänen von General Motors: 5.525 Arbeitsplätze von 29.000 europaweit will GM kurzfristig loswerden, davon rund 1000 in Bochum. Wichtigste Methode zur Zeit: Fremdvergabe, z. B. auch das Türmodul in Bochum mit über 100 Jobs, die Werksfeuerwehr, den Achsenbau usw. Manager werden mit Millionen bezahlt, um Millionen für die Aktionäre einzusparen. Von „gesellschaftspolitischer Verantwortung“ leider keine Spur!

## Termine im Sozialen Zentrum (SZ):

- 18. März, 19:30 Uhr: Café Campista: 40 Jahre Jugend- und Rauschkultur
- 19. März: BUKO HelferInnen Koordinationstag
- 19. März: Infoveranstaltung aus Berlin
- 21. März, 20 Uhr: EntflammBAR: radical movie session
- 29. März: Treffen der JungdemokratInnen
- 29. März, 19 Uhr: FUB Café mit Plenum
- 20. Mai, 19:30 Uhr: Café Campista: 68 und die Arbeiter-StudentInnen

### Öffnungszeiten & regelmäßige Termine

**Öffnungszeiten des Café:**  
 Dienstag, Freitag von 16-19 Uhr Büchertisch [der\_notstand]  
 Jeden 1. und 3. Dienstag ab 20 Uhr Café Campista [attac campus]  
 Jeden Freitag ab 20 Uhr [EntflammBAR]  
 Jeden Samstag ab 19 Uhr [FUB-Café, Freie Uni Bochum]  
 Jeden 1. und 3. Sonntag ab 19 Uhr veganes Essen [fnb, food not bombs]

**Offene Gruppentreffen:**  
 Jeden letzten Montag ab 19 Uhr Plenum des Sozialforums Bochum  
 Jeden Mittwoch 19.00 Uhr JungdemokratInnen/Junge Linke Bochum  
 Jeden Mittwoch 19.30 Uhr Open-Meeting im Labor  
 Jeden 1. u. 3. Mittwoch 19.00 Uhr SZ-Plenum  
 Jeden letzten Sonntag ab 12 Uhr Treffen des Internationalen Aktionsbündnis  
 Jeden 2. Montag 19.30 Uhr Rote Hilfe

**Unabhängige Sozialberatung:**  
 Dienstag 16-18 Uhr Unabhängige Sozialberatung  
 Donnerstag 11-13 Uhr Unabhängige Sozialberatung

Soziales Zentrum, Rottstraße 31, 44793 Bochum